

Entschließung

betreffend Verbot von Schiefergas-Fracking in Österreich

Die Bundesregierung - insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - wird aufgefordert, zu prüfen, ob gesetzliche Änderungen notwendig sind, um das österreichische Trinkwasser vor möglichen negativen Auswirkungen eines "Hochvolumen-Hydrofracking" bei der Schiefergasgewinnung mit umweltgefährlichen Chemikalien zu schützen. Auch ein temporäres Verbot der kommerziellen Nutzung der Schiefergas-Fördertechnologie in Österreich scheint dazu ein gangbarer Weg zu sein.